

Österreichische

JURISTEN ZEITUNG

ÖJZ

Chefredakteur Gerhard Hopf

Redaktion Robert Fucik, Kurt Kirchbacher, Hans Peter Lehofer

Evidenzblatt Christoph Brenn, Richard Hargassner, Helge Hoch, Herbert Painsi,
Eckart Ratz, Martina Weixelbraun-Mohr

Anmerkungen Andreas Konecny, Martin Spitzer

Februar 2021

04

161 – 208

Aktuelles

Mehr Sicherheit und mehr Service in Gerichten ➔ 161

Beiträge

Beweisquelle Handy Ingeborg Zerbes ➔ 176

Die Seuche, das Risiko und der Arbeitsvertrag

Martin Gruber-Risak ➔ 165

Die Anstandsverletzung und Lärmerregung nach dem Wiener

Landes-Sicherheitsgesetz (WLSG) Pascal Alessandri ➔ 172

Evidenzblatt

Prüfingenieur ist kein Organ der Baubehörde Alexander Longin ➔ 183

Wiederaufnahme des Zivilprozesses wegen Wiederaufnahme
und Einstellung des Strafverfahrens Wolfgang Jelinek ➔ 191

Zusicherungen im Auslieferungsverkehr ➔ 196

Forum

OGH: Langersehnte Klärung zu insolvenzbezogenen Aufgriffsklauseln

Rahim Rastegar ➔ 205

ÖJZ aktuell 161

Beiträge

→ Die Seuche, das Risiko und der Arbeitsvertrag 165

Reflexionen zu § 1155 ABGB aus Anlass der COVID-19-Pandemie

Staatliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie in Form des Lockdowns werfen ua auch grundsätzliche Fragen der Risikotragung im Arbeitsverhältnis auf. Zentral ist dabei, ob diese in die sog „neutrale Sphäre“ fallen, was zu einem Entfall des Entgeltanspruchs der Arbeitnehmer*innen führen würde. Dieser Beitrag weist nach, dass das nicht der Fall ist, weshalb auch nach Außerkrafttreten der Neu-
regelung des § 1155 Abs 3 und 4 ABGB Arbeitgeber*innen weiterhin entgeltfortzahlungspflichtig sind.

Von Martin Gruber-Risak

→ Die Anstandsverletzung und Lärmerregung nach dem Wiener Landes-Sicherheitsgesetz (WLSG) 172

Die Polizeistrafgesetze der Länder, insb das WLSG der Bundeshauptstadt, sind von enormer praktischer Bedeutung. Die meisten verwaltungsstrafrechtlichen Festnahmen erfolgen in Kombination mit einer Übertretung wegen Anstandsverletzung oder Lärmerregung. Der Beitrag behandelt, unter Berücksichtigung der Judikatur, die Verwaltungsstraftatbestände der Erregung ungebührlich störenden Lärms und der Verletzung des öffentlichen Anstands nach dem WLSG.

Von Pascal Alessandri

→ Beweisquelle Handy 176

Ermittlungen zwischen Sicherstellung und Nachrichtenüberwachung

Mit einem modernen Mobiltelefon werden nicht nur Gespräche geführt und Nachrichten ausgetauscht, sondern Bilder und Texte abgespeichert, Wege aufgezeichnet, Bauanleitungen heruntergeladen, Banküberweisungen getätigt, online Einkäufe und Verkäufe abgewickelt, die Stopp-Corona-App genutzt, die Sozialen Medien bedient – kurzum: Das Handy ist auf dem besten Weg, elektronisches Logbuch seines Nutzers zu werden. Der Nutzer generiert dabei keineswegs nur lokal gespeicherte Daten, sondern legt eine Datenspur auch und mittlerweile sogar vor allem auf diversen externen Speicherplätzen – Stichwort: Cloudcomputing. Stellen die Ermittlungsbehörden sein Handy sicher, erhalten sie daher auch Einblicke in Informationen, die außerhalb des sichergestellten Gegenstands gespeichert sind und deren inhaltliche Reichweite kaum abgrenzbar ist. Welche Befugnisse haben sie zu solchen Einblicken? Ist alles, was durch ein Handy eingesehen werden kann, im Rahmen der Sicherstellung auch erlaubt?

Die Überlegungen greifen das Handy als typisches IT-Gerät heraus; sie gelten freilich genauso für Laptops, Tablets, PC etc.

Von Ingeborg Zerbes

Evidenzblatt

→ Amtshaftungsrecht 183

OGH 30. 4. 2020, 1 Ob 10/20 g

22: Prüfeningenieur ist kein Organ der Baubehörde

Mit Anmerkung von Alexander Longin

→ Arbeitsrecht 188

OGH 23. 11. 2020, 8 ObA 48/20 x

23: Wirkung einer Mandantenschutzklausel

→ Bestandrecht 189

OGH 23. 10. 2020, 8 Ob 75/20 t

24: Sperrfrist bei Kündigung des Mieters einer Eigentumswohnung

→ Zivilprozessrecht 191

OGH 14. 5. 2020, 8 Ob 5/20 y

25: Wiederaufnahme des Zivilprozesses wegen Wiederaufnahme und Einstellung des Strafverfahrens

Mit Anmerkung von Wolfgang Jelinek

→ Zivilrecht	193
OGH 3. 9. 2020, 5 Ob 25/20 t	
26: Zum Provisionsverbot nach dem ÄrzteG	
→ Strafprozessrecht	196
OGH 11. 8. 2020, 12 Os 51/20 x	
27: Zusicherungen im Auslieferungsverkehr	
→ Strafrecht	198
OGH 29. 7. 2020, 13 Os 12/20 v	
28: Wiederaufleben der Strafbarkeit	

EvBl-Leitsätze

→ Arbeitsrecht	199
OGH 25. 11. 2020, 9 ObA 31/20 d	
23: Vorzeitiger Austritt nicht berechtigt	
→ Gesellschaftsrecht	200
OGH 16. 9. 2020, 6 Ob 64/20 k	
24: GmbH: Gesellschaftsvertragliches Aufgriffsrecht für den Fall der Insolvenz	
→ Markenrecht	201
OGH 22. 10. 2020, 4 Ob 198/20 a	
25: Qualitätshinweise müssen nicht beschreibend sein	
OGH 22. 10. 2020, 4 Ob 205/20 f	202
26: Zur Auswahl von Kundenkarten in einer virtuellen Geldbörse dürfen auch Bildmarken verwendet werden	
→ Wettbewerbsrecht	203
OGH 10. 12. 2020, 4 Ob 182/20 y	
27: Verbesserter Schutz von Geschäftsgeheimnissen	
→ Strafrecht	204
OGH 16. 9. 2020, 13 Os 62/20 x	
28: Jagdmesser idR kein Gegenstand der Einziehung	
→ Strafprozessrecht	204
OGH 22. 9. 2020, 11 Os 66/20 w	
29: Entnahme amtsgeheimer Aktenstücke im Ermittlungsverfahren nicht Gegenstand von Erneuerung	

Forum

→ OGH: Langersehnte Klärung zu insolvenzbezogenen Aufgriffsklauseln	205
Anmerkung zu OGH 16. 9. 2020, 6 Ob 64/20 k	
Von <i>Rahim Rastegar</i>	

Standards

→ Impressum	164
→ Buchbesprechungen	207